

Gutowski, Armin

Article — Digitized Version

Blendwerk '83

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gutowski, Armin (1982) : Blendwerk '83, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 7, pp. 312-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135694>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Armin Gutowski

Blendwerk '83

Der Kanzler der Koalition ist zufrieden, daß die beteiligten Parteien gleichermaßen mit dem Kompromiß über den Haushalt 1983 unzufrieden sind. Von den Betroffenen – Unternehmern, Arbeitnehmern und Rentnern – waren auch nur Stimmen des Unmuts zu vernehmen. Insoweit herrscht also Einigkeit. Das schon seit einiger Zeit dominierende Ziel aller Regierungspolitik, die rissige Koalition nicht zerbrechen zu lassen, ist wieder einmal erreicht.

Die Chance, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung deutlich und glaubhaft zu verbessern, ist wieder einmal vertan worden. Zwar sollen die Ausgaben des Bundes 1983 um nur knapp 2 % steigen, allerdings gegenüber dem um einen Nachtragshaushalt aufgestockten Soll für 1982; ob es zudem dabei bleibt, hängt ebenso wie bei den veranschlagten Einnahmen davon ab, ob sich die optimistischen Annahmen über den Konjunkturaufschwung als richtig erweisen.

Gewiß, der Ausgabenanstieg wäre insbesondere wegen der hohen Zinsen auf die stärker gestiegene Staatsschuld und wegen der Mehrausgaben für die Arbeitslosen um etliche Milliarden höher ausgefallen, hätte die Regierung nicht den

Etat des Sozialbereichs entsprechend entlastet; doch wie sie das tat, überzeugt nicht.

Nötig wäre eine Reform der Sozialversicherung gewesen. Die bloße Senkung der Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung, die die Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosen zu entrichten hat, vermindert zwar (ebenso wie die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung) momentan den Zuschußbedarf der Bundesanstalt. Das wiederum belastet aber die übrigen Zweige der Sozialversicherung ebenso wie die Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung. Die Rentenversicherungen müssen deshalb ihre Reserven vermindern, was in der Wirkung auf den Kapitalmarkt einer Kreditaufnahme gleichkommt. Das haben später entweder der Bund durch neue Zuschüsse oder die Versicherten durch höhere Beiträge auszugleichen.

Zur Senkung der Ausgaben des Bundes werden außerdem einige Subventionen gestrichen; dafür werden an anderer Stelle – unter dem Decknamen „Beschäftigungsfördernde Ausgaben“ – auch wieder zusätzliche Subventionen gewährt. Nötig wäre gewesen, Subventionen generell strengen Richtlinien zu unterwerfen, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen – gewährleisten, daß sie sich in absehbarer Zeit selbst überflüssig machen.

Auf der Einnahmeseite des Haushalts war gegenüber dem letzten Finanzplan infolge einer erheblichen Korrektur der geschätzten Steuereinnahmen und durch die 1983 kassenwirksame Investitionszulage ein großes Loch entstanden. Dies wird vor allem dadurch aufgefüllt, daß ein weit höherer Betrag aus Bundesbankgewinnen als Einnahme verbucht wird. Die Vereinnahmung dieser Gewinne wirkt für den Kapitalmarkt freilich genauso belastend, als hätte der Bund statt dessen seine Nettokreditaufnahme entspre-

chend erhöht. Ein geringerer Teil wird von zusätzlichen Einnahmen aus Steuererhöhungen gedeckt, die als Abbau von Steuervergünstigungen deklariert werden. Gewiß gibt es viele ungerechtfertigte Begünstigungen sowie Wachstum und Beschäftigung hemmende Regelungen in unserem Steuerrecht, die im Rahmen einer systematischen Steuerreform ausgeräumt werden müßten; doch dabei sollte die Steuerbelastung der Wirtschaft und der Bürger nicht erhöht werden.

Die ganze staatliche Sparaktion ist also Stück- und zu einem guten Teil auch nur Blendwerk. Dafür gibt es keine Entschuldigung. Wir wissen nicht erst seit gestern, daß wir uns in einer hartnäckigen Wachstumskrise befinden. Auch wer überzeugt ist, daß ein enger Zusammenhang zwischen Lohnhöhe, Lohnstruktur und Beschäftigung besteht, mag nicht pausenlos Lohnzurückhaltung predigen, wenn sonst nichts passiert. Bislang versuchten die Politiker, sich und die Bürger über die wirtschaftspolitischen Mißerfolge mit der Behauptung hinwegzutrogen, hierzulande sei alles noch nicht ganz so schlimm wie anderwärts. Doch die Lobsprüche auf die relative Stärke unserer Wirtschaft und der D-Mark oder gar auf den relativen Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik wirken zunehmend schal.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben ein wirtschaftspolitisches Konzept. Aus den Fehlern der Amerikaner und der Engländer, deren Politik bisher keineswegs als gescheitert angesehen werden sollte, können wir vieles lernen, nur nicht, daß wir auf ein klares Konzept verzichten können. Auch bei uns muß der Staatsanteil ebenso wie die Abgabenlast deutlich gesenkt werden. An Vorschlägen, wie das auf ein Wachstum und Beschäftigung fördernde Weise geschehen kann, fehlt es nicht. Wann aber wird ein solches Reformprogramm in Angriff genommen?